

Die Stimmung ist im Keller – und die De-Industrialisierung Realität

Welt, 30.08.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus247173860/Industrie-Die-Stimmung-ist-im-Keller-und-die-De-Industrialisierung-Realitaet.html>

Fast ein Drittel der Industrie plant, die Produktion im Inland einzuschränken, bei vielen deutschen Großunternehmen hat die Abwanderung längst begonnen, wie eine DIHK-Umfrage zeigt. Die Zufriedenheit mit der Energiewende in der Wirtschaft erreicht einen nie dagewesenen Tiefstand.

Es gibt einen Punkt, da frieren sogar Quecksilber-Thermometer ein. Nach den Messwerten des Energiewende-Barometers der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) nähert sich die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft dieser eisigen Zone rasant.

Der Wirtschaftsverband stellt seit elf Jahren seinen Mitgliedsunternehmen regelmäßig eine zentrale Frage: „Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens?“ Über alle Regionen, Betriebsgrößen und Branchen hinweg fiel die Antwort der 3500 Unternehmen noch nie so negativ aus wie in diesem Jahr.

Die Unternehmen konnten die Auswirkungen der Energiewende auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) angeben. In diesem Jahr brach der Wert von zuletzt minus sieben auf minus 27 ein. Seit Beginn der Erhebung vor elf Jahren war der Wert nie unter minus 13 gefallen, kommentierte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der DIHK, Achim Dercks das Umfrage-Ergebnis: „Der Absturz ist wirklich extrem.“

Denn die Barometer-Angabe ist nur ein Durchschnittswert: Unter Industrieunternehmen brach die Einschätzung der Energiewende von zuletzt minus 14 sogar auf minus 38 ein. In der energieintensiven Industrie kreuzten die Unternehmen sogar den Wert minus 55 an: Bis zum absoluten Nullpunkt ist es von da nicht mehr weit.

Zwar will ein Teil der Politik die Lage der Industrie mit subventioniertem Strom abfedern. Auch der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck (Grüne), fordert einen „Brückenstrompreis“, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu schützen. Doch der Vorschlag wird von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) aus Gründen der Bezahlbarkeit nicht geteilt.

Ohnedies würde der diskutierte Industriestrompreis hauptsächlich den rund 2000 energieintensiven Großunternehmen in Deutschland zugutekommen. Viele kleinere Betriebe fürchten bereits, mit den hohen Energiekosten allein gelassen zu werden. Unter den rund drei Millionen Mitgliedsunternehmen der DIHK sind 78 Prozent kleine und mittlere Unternehmen.

Die Kammer-Organisation erkennt an, dass die Gründe für die hohen Preise nicht allein in der deutschen Politik zu suchen sind. „Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Bedingungen für die Transformation erschwert.“

Jedoch: „Der Politik ist es dabei nicht gelungen, trotz Preisbremsen und LNG-Terminals die negative Stimmung aufzufangen“, heißt es in der Auswertung der Umfrage.

Im Gegenteil: „Sie hat vielmehr neue Belastungen geschaffen mit auslaufenden Entlastungen, schleppendem Netzausbau oder praxisfernen Vorschriften wie im Gebäudeenergie- oder im Energieeffizienzgesetz.“

43 Prozent der Großunternehmen planen Kapazitäts-Verlagerungen

Die Reaktion der Unternehmen: Abwanderung. Fast ein Drittel der Industriebetriebe (31,7 Prozent) plant oder realisiert bereits die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland, beziehungsweise die Einschränkung der Produktion im Inland als Reaktion auf die energiepolitischen Rahmenbedingungen. Das ist eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr.

Gerade Industriebetriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern sind häufig eng mit dem Ausland verflochten und stehen in einem ausgeprägten Standortwettbewerb. Unter großen Industriebetrieben planen 43 Prozent die Kapazitätsverlagerung. Es bleibt nicht beim Gedanken an Abwanderung: Ein großer Teil der Maßnahmen ist bereits im vollen Gang.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte mehrfach davon gesprochen, dass der rasche Ausbau von Wind- und Solarkraft noch ein Wirtschaftswunder entfachen werde. Nach Einschätzung der Wirtschaft ist derzeit jedoch nichts weiter von der Realität entfernt.

Bei der energieintensiven Industrie, also zum Beispiel in der Aluminium-, Glas- oder Baustoff-Branche, „schränkt fast die Hälfte der Unternehmen ihre Investitionen ein“, warnt der DIHK: „Das ist das Gegenteil eines Investitionsaufschwungs, der zur Bewältigung der Krise nötig wäre.“

In der Not sparen Betriebe nicht zuletzt an Investitionen in den Klimaschutz. Hier sei die Lage ebenfalls „prekär“, warnt die Kammer: Ein Viertel aller Betriebe fahren ihre Ausgaben für die CO₂-Reduktion herunter, in der energieintensiven Industrie sind es sogar 40 Prozent. Auch bei den Ausgaben für Forschung und Innovation setzt schon jedes fünfte Unternehmen den Rotstift an.

Ampel bleibt bei der AKW-Abkehr – Macron spricht von Fehlern

Während Deutschland voll auf erneuerbare Energien setzt, um damit den Klimawandel in den Griff zu bekommen, baut Frankreich seine Atomkraft mit Hochdruck weiter aus. Auch schwedische Klimaaktivisten positionieren sich für den Ausbau der CO₂-freien Kernenergie.

Hohe Energiekosten sind nur ein Ausdruck der Wirtschaftskrise. Woran liegt es genau? Rund 60 Prozent der Unternehmen nennen „fehlende Planbarkeit“ als Haupthindernis für die ökologische Transformation.

Hinzu kommt ein Übermaß an Bürokratie und Regulierung: Unter mittelgroßen Betrieben zwischen 250 und 500 Mitarbeitern nennen 67 Prozent diesen Punkt als

größtes Problem. Der Versuch der Politik, den komplexen Energiemarkt mit einer Unzahl von Vorschriften einer Mikro-Steuerung zu unterwerfen, schlägt als Vertrauensverlust potenzieller Investoren zurück.

Auf einer Wunschliste, was denn zu tun sein, regen die meisten der befragten Unternehmen an, die Bedingungen für Direktlieferverträge und die Eigenversorgung mit Strom zu verbessern.

Auch sollten Steuern und Abgaben weiter gesenkt werden. Zudem sollte die Bundesregierung dringend mehr Klarheit schaffen, wo, wann und welche Mengen des klimaneutralen Energieträgers Wasserstoff in Zukunft verfügbar sein werden.

Auch Sorgen vor Lieferschwierigkeiten im Bereich Elektrizität nehmen offenbar zu: Zwei von drei Unternehmen verweisen in der Umfrage darauf, dass das Problem von Engpässen im Übertragungs- und Verteilnetz bereits zunimmt.

„Die Politik muss schnellstmöglich gegensteuern, um der Wirtschaft eine Perspektive in Deutschland zu erhalten“, schließt DIHK-Vize Dercks aus der Umfrage. Für den Abbau von Bürokratie empfiehlt er „radikale Vereinfachungen“.

Fehlendes Vertrauen in die Wasserstoffpläne der Regierung

Statt aufwändiger Genehmigungsverfahren müssten an vielen Stellen einfache Anzeigeverfahren ausreichen, zumal ausreichend Mitarbeiter für Genehmigungsbehörden am Arbeitsmarkt sowieso nicht mehr verfügbar seien.

Die Bundesregierung müsse auch dringend das Angebot an Energie ausweiten. Die Unsicherheit, ob rechtzeitig ausreichend Wasserstoff als Ersatz für das klimaschädliche Erdgas verfügbar sein wird, bremse die Investitionsfreude enorm.

Das Vertrauen in die Wasserstoffpläne der Bundesregierung sei in der Wirtschaft nicht stark ausgeprägt, warnt die Kammer: So habe der Bund für 2030 eine Wasserstoffproduktion durch Elektrolyse von zehn Gigawatt als Ziel formuliert.

Stand Ende letzten Jahres hatte Deutschland allerdings mit einer Elektrolyse-Kapazität von 79 Megawatt noch nicht einmal ein Prozent dieser Zielvorgabe erreicht.

Um billigere Elektrizität zu erhalten, schlägt die Kammer-Organisation staatliche Zuschüsse für Unternehmen vor, die Direktlieferverträge mit neuen Wind- und Solarparks abschließen.

Durch solche „Power-Purchase-Agreements“ (PPA) werde das Angebot an Ökostrom erhöht und zugleich der Strompreis gesenkt. Zudem fordert die DIHK eine Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgegebene Mindestmaß sowie Entlastungen bei den Netzentgelten.